

## B e r i c h t

Über die 19. Tagung des Komitees der Außenminister  
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages  
am 26. und 27. Oktober 1989 in Warschau

1. Die Tagung diente der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und dem Meinungsaustausch zur weiteren Verwirklichung des gemeinsamen Friedens- und Abrüstungsprogramms nach der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses. Dabei standen das weitere Vorgehen in den Wiener Verhandlungen, die gesamteuropäische Zusammenarbeit, insbesondere auf ökonomischem Gebiet, und das Zusammenwirken zwischen den Teilnehmerstaaten im Mittelpunkt.

Erstmals nahmen auf sowjetische Initiative die Minister für Außenhandel bzw. deren Stellvertreter an der Tagung teil.

Von den Teilnehmern der Tagung wurden ein Kommuniqué (ND vom 28. 10. 1989) sowie ein internes Protokoll angenommen.

Die vorgesehene Erklärung zur gesamteuropäischen ökonomischen Zusammenarbeit konnte nicht verabschiedet werden, da die unterschiedlichen Positionen der SRR und Ungarns nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Eine Expertengruppe soll bis Ende Februar 1990 einen entsprechenden Entwurf vorlegen.

2. Die Außen- und Außenhandelsminister wurden am 26. Oktober 1989 vom Präsidenten der VRP, Genossen Wojciech Jaruzelski, zu einem Gespräch empfangen.

Genosse Jakuzelski übermittelte herzliche Grüße an Genossen Krenz und die Parteiführung der SED. Er sprach eine Einladung für Genossen Krenz zu einem Treffen in Warschau aus. Er regte an, diesen Besuch noch vor dem Aufenthalt von Bundeskanzler Kohl in der VRP (9. - 14. November 1989) vorzusehen, um so zu demonstrieren, daß Polen den Beziehungen zur DDR Vorrang vor den Beziehungen zur BRD einräumt.

3. Es fanden informelle Treffen der Außenminister sowie der Außenhandelsminister statt.
4. Des Weiteren fand am 27. Oktober 1989 ein im offiziellen Programm nicht ausgewiesenes Treffen der Außenminister mit dem 1. Sekretär des Zentralkomitees der PZAP, Mieczyslaw Rakowski, statt, (Anhang 3).
5. Zur internationalen Lage wurde übereinstimmend eingeschätzt, daß sich positive Tendenzen weiter fortsetzen, die grundsätzliche Wende zur Entspannung jedoch noch nicht erreicht sei. Zugleich setzten sich die auf früheren Tagungen und in UNO-Reden sichtbar gewordenen grundsätzlichen Unterschiede bei der Bewertung der internationalen Lage fort. (~~Reden der Außenminister - Anhang 4~~)

Die DDR und BRD sowie teilweise auch die VRB und CSSR äußerten Besorgnis über die Fortsetzung des qualitativen Wettbewerbs. Sie verwiesen auf die Zunahme westlicher Bestrebungen, Probleme und Erneuerungsprozesse in den sozialistischen Ländern zu nutzen, um diese durch eine massive Einmischung in deren innere Angelegenheiten zu destabilisieren.

Die UdSSR ging davon aus, daß sich bedeutende Möglichkeiten "für die Festigung von Frieden und Sicherheit sowie die Veränderung der Struktur der Machtinstrumente der Staaten" abzeichnen.

Seitens der VRP und Ungarns wurde eine einseitig positive Lageeinschätzung gegeben, ohne auf gegenläufige Tendenzen einzugehen. Sie bescheinigten den westlichen Staaten ein verantwortungsvolles Verhalten gegenüber den sich in den sozialistischen Ländern vollziehenden Prozessen. Das Auftreten des polnischen und ungarischen Außenministers zeigte, daß sie die Politik der Öffnung gegenüber den kapitalistischen Staaten weitertreiben wollen.

Die UdSSR, CSSR, SRR und DDR haben nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, aus der Zunahme revanchistischer Bestrebungen und dem Erstarken des Neonazismus in der BRD Schlußfolgerungen für die außenpolitischen Aktivitäten ihrer Länder zu ziehen. Die VRP äußerte sich besorgt über Diskussionen zur deutschen Frage und über die Infragestellung der Nachkriegsgrenzen.

Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich für eine differenzierte Bewertung der Politik der BRD aus.

6. Bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa komme es nach übereinstimmender Auffassung aller Teilnehmer darauf an, den Verhandlungsprozeß zu beschleunigen, um den Abschluß einer ersten Abrüstungsvereinbarung im Jahre 1990 auf höchster Ebene zu gewährleisten. Die Minister traten für die Durchführung eines Außenministertreffens Anfang 1990 ein, um den Wiener Verhandlungen einen politischen Impuls zur Lösung der Hauptprobleme zu geben.

Die Sowjetunion unterstrich die Notwendigkeit, die umfangreiche Aufrüstung bei den Seestreitkräften, insbesondere durch die USA, zu berücksichtigen, da die NATO hier bei verschiedenen Kategorien über eine bedeutende Überlegenheit verfügt. Im Interesse der Wahrung der Parität und um zu verhindern, daß die Sowjetunion

in ein sehr kostspieliges Wettrüsten bei den Seestreitkräften hineingezogen wird, erachtet sie es daher für notwendig, daß sie durch entsprechende Zusicherungen Gewißheit erhält, daß die Seestreitkräfte nicht aus den Abrüstungsvereinbarungen ausgeklammert werden. Minimum hierfür sei, die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf die Seestreitkräfte auszuweiten. In diesem Zusammenhang würde auch ein flexibleres Herangehen an die Lösung der mit den Luftstreitkräften verbundenen Probleme möglich sein.

Zum Verlauf der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen erklärte Genosse Schewardnadse, daß - wenn auch mit unzureichendem Tempo - ein beständiger Fortschritt zu verzeichnen sei. Die UdSSR hoffe, daß der Abschluß eines entsprechenden Abkommens 1990 erfolgen könne.

Zur Beschleunigung von Verhandlungen über taktische Kernwaffen ist vorgesehen, Anfang 1990 ein Seminar von Experten sowie Wissenschaftlern, Militärs und Diplomaten aus Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO durchzuführen. Es soll dem Studium aller mit den taktischen Kernwaffen zusammenhängenden Fragen dienen. Die DDR wurde gebeten, dieses Seminar auszurichten. Termin und Ort des Stattfindens sind noch zu vereinbaren.

Die Teilnehmer der Tagung unterstützen den kanadischen Vorschlag eines "Offenen Miknais". Sie sprachen sich dafür aus, das Vorgehen auf der Außenministerkonferenz in Ottawa vorher abzustimmen. Ungarn bat um Unterstützung für die Durchführung der zweiten Etappe dieser Konferenz in Budapest. Seitens der DDR gibt es zur Initiative Kanadas noch keine Entscheidung.

7. Die Teilnehmer der Tagung stimmten überein, daß verstärkte Anstrengungen zur Überwindung des Zurückbleibens der gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erforderlich sind.

Es wurde übereinstimmend die Notwendigkeit der Umgestaltung des RGW und die Erhöhung seiner internationalen Wirksamkeit hervorgehoben. Es sei erforderlich, in der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern solche Veränderungen durchzusetzen, die die Stagnation im gegenseitigen Handel überwinden und eine flexible Reaktion auf äußere Bedingungen gewährleisten.

Es war erkennbar, daß sich in einer Reihe der Teilnehmerstaaten, z. T. einschließlich der UdSSR, ein Übergang zu marktwirtschaftlichen Elementen vollzieht. Im Beitrag der UdSSR wurde auf die Entideologisierung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen verwiesen und die sich in der UdSSR vollziehenden Prozesse als auf eine weitere Demokratisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen gerichtet dargestellt. Zur Zeit seien 9 000 Betriebe zur Durchführung von Außenhandelsoperationen berechtigt. Es beständen etwa 700 joint ventures mit KIL. Dieser Form der Zusammenarbeit mit KIL werde große Aufmerksamkeit gewidmet.

Durch den zuständigen Minister der VRP wurde hervorgehoben, daß eine Umwandlung der Betriebe in Aktiengesellschaften, die Schaffung eines Kapitalmarktes und einer Börse erfolgen werde. Der Bildung von Betrieben mit 100 % Fremdkapital würden künftig keine Beschränkungen auferlegt. Nach Auffassung der VRP werde die Regierung in Zukunft nur den rechtlichen Rahmen für Außenhandelsgeschäfte schaffen. Die Durchführung erfolge ausschließlich in voller Verantwortung der Betriebe. Es wurde eine vollständige Öffnung nach dem Westen angekündigt, wobei sich Polen künftig als Brücke zwischen Ost und West versteht. In engem Zusammenhang damit wird von den RGW-Preisbildungsprinzipien abgegangen. Schrittweise werden Voraussetzungen

für den Übergang zu Verrechnungen im Warenaustausch zwischen den RGW-Ländern in konvertierbaren Devisen geschaffen.

Eine ähnliche Position wurde durch die Republik Ungarn bezogen, wobei die Bestrebungen einer weiteren Annäherung an die EG nicht zu übersehen waren.

In allen Beiträgen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die KSZE-Konferenz in Bonn als Forum der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen offensiv zu nutzen und dazu einen übereinstimmenden Standpunkt der Bruderländer zu erarbeiten.

Auf der Tagung wurde sichtbar, daß insbesondere in der UdSSR, der VRP und der Republik Ungarn die Prozesse beschleunigt werden, die auf eine starke Annäherung der Bedingungen des Handels zwischen den RGW-Ländern an die zwischen kapitalistischen Ländern üblichen Bedingungen gerichtet sind.

Gleichzeitig wurde in allen Diskussionsbeiträgen über die Bemühungen der einzelnen Länder berichtet, direkt und unmittelbar die Zusammenarbeit mit den EG zu intensivieren, um ihre Handelsinteressen in diesem Raum zu wahren.

8. Alle Teilnehmer gingen von dem gewachsenen Stellenwert der Zusammenarbeit im humanitären Bereich/Menschenrechte aus und traten für deren konstruktive Gestaltung ein. Die DDR, SRR, aber auch die CSSR und VRP forderten, nicht zuzulassen, daß allein westliche Vorstellungen zum Maßstab der Erfüllung des Wiener Schlußdokuments im Bereich der Menschenrechte gemacht werden. Die SRR bekräftigte ihre bekannten Positionen auf diesem Gebiet. Ungarn und die VRP vertraten im wesentlichen die westliche Menschenrechtskonzeption und forderten, sie zum Kriterium der Realisierung der diesbezüglichen KSZE-Vereinbarungen auch in den anderen sozialistischen Staaten zu machen.

Sie mahnten die Durchsetzung von Rechten der nationalen Minderheiten sowie die Gewährung unbegrenzter Kontakte zwischen den Bürgern sozialistischer Staaten (freier Reiseverkehr) an.

9. Beim Meinungsaustausch über die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten wurde von allen Teilnehmern bekräftigt, daß die Gemeinsamkeit der allgemeinen Ziele sowie die Sicherheitsinteressen der Teilnehmerstaaten die Basis für deren Zusammenwirken bleiben. Die VRP bekannte sich demonstrativ zu ihren Bündnisverpflichtungen. Sie hob allerdings hervor, daß es sich dabei nur um Fragen der äußeren Sicherheit und nicht der inneren Ordnung handeln könne. Ungarn unterstrich, daß die Bündnisbeziehungen im Warschauer Vertrag nur auf der Basis der KSZE-Prinzipien sowie der außenpolitischen Souveränität entwickelt werden können.

Nach Meinung des Genossen Schewardnadse müsse die Einheit des Bündnisses unter den neuen Bedingungen als ein reales Gleichgewicht der nationalen und Sicherheitsinteressen der Teilnehmerstaaten verstanden werden. Davon sollte bei der weiteren Vervollkommnung der Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag ausgegangen werden.

Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich für eine beschleunigte Realisierung der Beschlüsse der Bukarester PBA-Tagung zur Vervollkommnung des Mechanismus der Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag aus. Es wurde unterstrichen, daß der Charakter des Bündnisses von einer militärisch-politischen in eine politisch-militärische Organisation umgewandelt werden muß. Bemühungen im Kreis der Außenminister, eine Vereinbarung über die Bildung eines Ständigen Sekretariats zu erreichen, führten nicht zum Erfolg, da der Vertreter der SRR kein Mandat dafür hatte. Die Minister kamen überein, entsprechende Anstrengungen in der bestehenden Experten-gruppe fortzusetzen.

Schlußfolgerungen

1. Der Wahrnehmung der Einladung des Präsidenten der VRP, Genossen Wojciech Jaruzelski, an den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Egon Krenz, zu einem Besuch in Warschau wird zugestimmt.

Der Termin ist zu vereinbaren.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer  
Genosse Günter Sieber

2. Der Durchführung eines Seminars zu Fragen der taktischen Kernwaffen wird zugestimmt. Ein Beschlusentwurf über die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung wird gesondert vorgelegt.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer  
Genosse Heinz Köhler

3. In Vorbereitung auf die Bonner Konferenz über ökonomische Zusammenarbeit in Europa ist Anfang 1990 in Berlin ein Treffen zur Abstimmung der Positionen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages durchzuführen.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer  
Genosse Gerhard Bell



4. Die Botschaften der DDR, die Delegationen bei den Wiener Verhandlungen, in der UNO und auf der Genfer Abrüstungskonferenz sowie der Botschafter bei den EG werden über die Ergebnisse der Tagung informiert. Sie erhalten eine Direktive zur Erläuterung der Dokumente der Tagung.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer